

Im Loda ohne Ausstellung wöchentlich 175 M^t, und monatlich 700 M^t, mit Ausstellung ins Haus wöchentlich 200 M^t, u. monatlich 800 M^t, durch die Post bezogen monatlich in Polen 900 M^t, Ausland 1600 M^t. — Anzeigenpreise: Die 7-gepalteene Nonpareillese 40 Mark, Nonpareille: die 4-gepalteene Nonpareillese 200 M^t, Gengandis in totalen Teile 200 M^t, für die Korpusseile; für das Ausland kommt ein Valutaguthag hinzu; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen. — Auskunfte werden nur nach vorheriger Vereinbarung geahnt. Anverlangt eingehende Anträge werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 98

Sonnabend, den 29 April 1922

5. Jahrgang

Gegen die französische Orientierung Polens.

Der „Napred“ (Krakau) behandelt in einem längeren Beitikel das Verhältnis Polens zu Frankreich und tritt für ein gemeinsames Vorgehen Polens mit England ein. Auch müsste Polen unbedingt eine Verständigung mit der Tschechoslowakei suchen und einen Garantievertrag abschließen. Ein derartiger Garantievertrag ist für Polen unbedingt notwendig da die Tschechoslowakei Polen in wirtschaftlicher Hinsicht nötig ist. Auch aus anderen Gründen wäre es erwünscht wenn Polen eine enge Verständigung mit der kleinen Entente als Einheit finden würde. Die Motive, aus welchen die kleine Entente entstanden ist, sind für die polnische Politik gleich gütig, doch spricht ein anderes Motiv für eine Verständigung Polens mit der kleinen Entente. Es ist notwendig, die Abhängigkeit Polens von Frankreich zu lockern. Diejenigen, die in die Geschichte der polnischen auswärtigen Politik der letzten zwei Jahre eingeweiht sind, wissen genau, wie teuer Polen seine bedingungslose Ergebenheit an Frankreich bezahlte. Polen hat sich die Abneigung Englands zugezogen und diese bedingungslose Unterwerfung dem Willen Frankreichs war der Grund des Misstrauens der Stowjetpolitik Polens gegenüber. Die erste Sitzung der Genueser Konferenz, so schreibt das Blatt, hat uns Beweise geliefert, daß unsere Ansicht richtig ist. Tschechien berührte in dieser Sitzung die Entwicklungspolitik und stieß auf einen leidenschaftlichen Protest des französischen Delegierten. Wir müssen eingestehen, daß die Durchführung der Abtrennung in Polen aus vielen Gründen für uns Erfolg sein dürfte. Vor allen Dingen würden wir uns von dem ewigen Gespinst eines polnisch-französischen Einfalls befreien und unter ohnehin französischem Budget stark entlasten. Wenn die polnische Politik in dieser Angelegenheit blind Frankreich folgen wollte, so würden Polen dadurch materielle und moralische Schäden durch die Stärkung des englischen und amerikanischen Volkes entstehen. Wenn Polen als ein Staat, der eine selbständige Politik treibt, behandelt werden will, so muß es die ihre Freiheit eindämmenden Fesseln sprengen. Den ersten Schritt auf diesem Wege stellte die Unterzeichnung des Algier Protocols durch den polnischen Gesandten in Algier dar.

Die östgalizische Frage in Genua.

Krakau, 27. April. Die ruthenischen Vertreter Ostgaliziens sind von Lloyd George in Abseil empfangen worden. Sie verbreiten unter den Delegierten und Berichterstattern in Rom eine italienische Broschüre Wl. Singalowitsch's, des bevollmächtigten Ministers der Westukrainischen Republik, unter der Überschrift „La questione di la Galicia“, sowie eine französische Denkschrift des „Ukrainischen Nationalrats Ostgaliziens“.

Die Denkschrift ist direkt an die internationale Konferenz in Genua adressiert. Sie gibt, wie der „Jus. Kur. Gob.“ mittelt, zunächst ein geschichtliches Bild des Westukrainischen Staates“ und geht dann sofort zu den „Schicksalen der polnischen Besetzung“ über. Man erfährt daraus, daß sich dank dem Kriege und vor allem der polnischen Besetzung die Bevölkerung Ostgaliziens um 1½ Millionen Seelen vermindert hat und die landwirtschaftliche Erzeugung um 40 Prozent, die Zahl der Pferde um 38 Prozent, die Petroleumproduktion um 75 Prozent zurückgegangen ist usw. Damit der Tötigkeit der polnischen Behörden soll die öffentliche Moral im „Staate Galizien“ zurückgegangen sein.

Noch einigen Seiten derartiger und ähnlicher Ausführungen endet die Denkschrift folgendermaßen:

„Die riesigen Verluste, die Ostgalizien unter der polnischen Besetzung erlitten hat, können nur dann behoben werden, wenn Ostgalizien als selbständiger Staat anerkannt werden wird, da die befreite Bevölkerung nur dann ihre fruchtbare Erde und die natürlichen Reichtümer ihres Landes entsprechend ausnützen und erst dann durch Anstrengung und ausdauernde Arbeit den Wohlstand ihres Vaterlandes vermehren können wird.“

Daher wird sich das ukrainische Volk Galiziens auch nie mit der erzwungenen Verbindung Ostgaliziens mit Polen einverstanden erklären. Im Interesse seines völkischen Lebens und der Zukunft seines Vaterlandes verlangt dieses Volk vom Tribunal der Völker der ganzen Welt, daß es das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes Ostgaliziens anerkenne, das bereits von diesem

Recht Gebrauch mache, indem es sofort nach dem Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie einen unabhängigen Staat schuf;

es eine baldige Beendigung der polnischen Besetzung Ostgaliziens fordere und den unabhängigen galizischen Staat der freien Völker anerkenne“

Polnische Fragen vor dem Völkerbundrat.

Am 11. Mai beginnt die Tagung des Völkerbundrates, auf der u. a. nachstehende Polen betreffende Angelegenheiten besprochen werden sollen:

1. Danziger Angelegenheiten;
2. Festlegung einer neutralen Zone zwischen Litauen und Polen;
3. die Frage der deutschen Minderheit in Polen;
4. die Frage der polnischen Minderheit in Lettland und Litauen;
5. eine Reihe von Fragen, die dem Internationalen Gerichtshof überwiesen werden sollen;
6. die Kostenfrage der Warschauer Seuchenskonferenz.

Die Besatzungskosten für Oberschlesien.

Die Besatzungskosten für Oberschlesien sollen wie die Polnische Telegraphenagentur aus Paris

mittelt, zehn Milliarden Mark betragen, die von Deutschland und Polen im Verhältnis des ihnen zugesprochenen Teiles bezahlt werden sollen

Danzig und Frankreich.

Danzig, 27. April. (Pat.) Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten an leitender Stelle einen augenscheinlich inspirierten Artikel unter der Überschrift „Die französische Sphinx an der Weichsel“. In diesem Artikel weist das Blatt auf die fortwährenden Besuche französischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen hin und meint, die Franzosen beabsichtigen, in Danzig einen Flottenstützpunkt für ihre Flotte in der Ostsee zu schaffen. Genauso wird die Beteiligung der Behälter im Hafen von Polen, die Schaffung einer polnisch-französischen Basis für Unterseeboote ermöglicht. Die Zeitung greift Frankreich in scharfen Worten an und fordert den Völkerbund auf, den französischen Anschlägen auf die Freie Stadt Danzig ein Ende zu bereiten.

Das polnisch-danziger-deutsche Abkommen ratifiziert.

Paris, 28. April (Pat.) Am Donnerstag wurden in Paris die Ratifikationsurkunden der polnisch-danziger-deutschen Konvention zwischen Polen und Deutschland ausgetauscht. Diese Konvention wurde am 21. April 1922 in Paris unterzeichnet und nunmehr durch Polen und Deutschland ratifiziert.

Lloyd Georges Botschaft an das englische Volk.

Aus Genua wird gemeldet: In einer Ansprache an die britischen Pressevertreter in Genua ermächtigte Lloyd George diese zu einer Botschaft an das englische Volk. Es heißt darin u. a.:

„Die Rede Poincarés war eine sehr ernste Erklärung, die ohne irgendeine Beratung mit den Alliierten erfolgte. Sie ist nicht angetan, die Zusammenarbeit mit den Alliierten zu verbessern. Wir fürchten die deutsch-russische Drohung nicht, aber wir sind entschlossen, zu verhindern, daß aus Europa wieder ein Schlachthaus wird.“

Die englische Presse gegen Poincaré.

Die Rede Poincarés in Bar-le-Duc findet, wie aus London berichtet wird, in der englischen Presse große Beachtung.

„Daily Herald“ überreicht seinen Lesern: „Die Rede Kaiser Poincarés“ und gibt den europäischen Staatsmännern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Siedler aus Genua zurückziehen will, so seien dort sie um Himmels willen gehalten. Sie seien dort nur eine Blage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald sein Bluff entstellt sei, werde er aufhören, Europa zu verpesten.“

„Daily News“ schreibt, Poincaré rede will von der Entschlossenheit, Maßnahmen, wenn nötig, allein zu treffen, um Deutschlands Kassen zu leeren. Das bedeutet, daß er wisse, Großbritannien werde ins Ruhrgebiet nicht einmarschieren. Es bedeutet aber auch die moralische Sollierung Frankreichs, die für alle offenkundig sei. Durch die Demoralisierung der Verhandlungen in Genua hätten die französischen Staatsmänner dem Ansehen, dem Ruhm und den Ansehen Frankreichs selbst ernstlich Schaden zugefügt.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem „Poincarés Säbel“ überschriebenen Beitrag, die seltsame Aktion der französischen Delegation in Genua am letzten Sonnabend, die versucht, eine neue Krise aus dem alten Material zu erzeugen, von dem Jebermann hoffte, daß es erledigt sei, wurde von den in Genua ansässigen Personen auf das Treiben Poincarés zurückgeführt. Dieser Eindruck werde jetzt durch die unglaubliche Rede bestätigt, die Poincaré auf den Obersten Rat einholte. Eine Rede wie die des französischen

weide, wie es ihn in Frankreich geschwungen habe. Die Alliierten Frankreichs fordern nur an, was sie damals sagten, nämlich das, wenn Frankreich bei seinem Verfahren gegenüber Deutschland seinen eigenen Weg gehe, es die weitere Unterstützung Englands nicht erwarten kann.

Kenworthy über die Genua-Krise.

Berlin, 27. April. Der englische Parlamentarier Kenworthy, der auf der Rückreise von Genua nach London in Berlin weilt, erläuterte Pressevertretern über seine in Genua gebliebenen Eindrücke, daß er hinsichtlich des Ausganges der Konferenz nicht jondern optimistisch sei. Wenn der Wiederaufbau Europas ernstlich durchgeführt werden sollte, so müsse man ohne Scheu an die Revision des Versailler Vertrages herangehen. Deutschland die Lebensmöglichkeiten verschaffen, deren es nicht entzogen kann, und Russland wieder vorbehaltlos in die europäische Gemeinschaft aufzunehmen. Was bisher in Genua erreicht wurde, sei immer nur das Ergebnis von Privatverhandlungen bei Lloyd George gewesen, bei denen Deutschland zu kurz gesommen sei. Unter solchen Umständen könne man sich nicht im geringsten darüber wundern, daß die deutsche Regierung es für richtig gehalten habe, ein direktes Abkommen mit Russland abzuschließen.

Frankreich beugt vor.

Wien, 28. April (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus Paris: Die heutige Sitzung des Ministerrates dauerte von 10½ bis 1 Uhr mittags. Der Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit der Genuaer Konferenz und mit Lloyd Georges Vorschlag, den Obersten Rat einzuberufen. Nach der Sitzung wurde ein Bericht herausgegeben, in dem es heißt, daß die Minister ihre Beratungen vormittags nicht beenden konnten und infolgedessen eine zweite Sitzung um 6 Uhr abends stattfinden soll.

Gegen Ende der zweiten Sitzung erklärte Poincaré, daß er vor dem 31. Mai zur Sitzung des Obersten Rates nicht würde nach Genua reisen können, ebenso werde er vor diesem Termin über die Entschädigungsfrage nicht verhandeln. Hierauf begutachtete der Ministerrat den Wortlaut des Telegramms an die französische Delegation nach Genua. Weiter wird geplant die Art der Anordnungen für den Fall, daß Deutschland am 31. Mai seiner Zahlungspflicht nicht nachkommen sollte, gemeinsam mit den Verbündeten vertraulich zu besprechen, da die Überreichung dieser Angelegenheit an den Obersten Rat einer Verlegung der Rechte der Reparationskommission (?) gleichkommen würde.

Es kann mit Ausnahme der noch Sonntags folgenden Tage täglich frisch.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Befreiung, Straße 86, Tel. 686. Bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt Arbeitsniederlegung oder Auflösung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Eigen Vertretungen: Aleksandrow, Bialystok, Chełm, Kalisz, Kołobrzeg, Konstantynów, Lwów, Lublin, Lublin, Sosnowiec, Tomaszów, Turek, Włocławek, Włodzimierz, Zamość, Zgierz usw.

Die Evangelischen Polens.

„Es wäre ja ein mittelalterlicher Irrtum, wenn die polnische Regierung den Deutschen hierzulande und anderen Ausländern in lutherischer Konfession ihre Polonisierung unmöglich mache.“

Das ist der Kern des Beiträts, den ein gewisser Herr J. Kurnatowski, die rechte Hand des Generalinspekteurs Julius Bursche in Sachen der Gründung und Leitung von allerhand möglichen und unmöglichen Missionen, Evangelischen Jugendbünden usw., an demselben Tage im „Kurier Warszaw.“ (Nr. 114) veröffentlichte, a dem der schlechteste evangelische Sejnabgeordnete Bobel und 29 seiner Kollegen katholischer Konfession die Gesetzesvorlage über eine lutherische Synode in dritter Sitzung im Sejm durchdrückte. Wir wissen es ebenso genau, wie Pastor Bursche, daß Kurnatowski und alle unsere anderen polnischen Kirchenpolitiker zu Warschau es wissen, daß solch eine Landeskirchensynode, wie sie das Konsistorium jetzt (auf Grund des Gesetzes Bobel) vom 27. April 1922 uns beschreibt, nicht dem Willen der breitesten evangelischen Kreise Polens entspricht. Diese von der zu fünf Sessielen polonisierten Pastorenchaft beherrschte Kirchensynode kann einzige Vertreter solcher Konfessionen finden, wie es Herr Kurnatowski ist, oder solcher Negativen ihres Volksstums, wie es Herr Bursche, Ewert und so viele andere sind. Ich wäre eine auf ehrlicher, ehrlicher und rein demokratischer Grundlage gebildete konstituierende Landeskirchensynode ein Greuel. Denn eine gerechte Synode würde die lutherische Kirche Polens sicherlich berarbeiten, daß diese Herren die nicht-mittelalterliche und nicht-irrfinige Möglichkeit der Polonisierung der Deutschen oder anderer Ausländer kaum haben würden.

Für diese Herren, für die jeder Bürger Polens, der sich nicht zum polnischen Volksstum bekennt, ein Ausländer ist, bedeutet das ehrliche Streben der 90 Proz. aller Einwohner Polens, die Kirche von jeglicher Politik fern zu halten, schon ein Staatsverbrechen. Denn das Polonisieren alles dessen, was im Lande noch nicht polnisch ist, halten diese Leute nicht für eine Staatszerrüttung, sondern für ihre wohlgemeinte Patriotenpflicht. (!) Herr Kurnatowski (oder ist es sein Hintermann?) schlägt uns, den Protestant Polens, vor, „eigentlich dem Polnischen Evangelischen Bunde beizutreten, welcher dazu berufen ist, Hand in Hand mit dem Verein zum Schutz der Westmarken Polens“ und mit dem Verein zum Schutz des Volksstums im Auslande zu arbeiten. Um die Erfüllung dieser Aufgaben des polnischen Evangelischen Bundes bemühte sich bisher die Vereinigung der evangelischen Polen für Plebisztanglegenheiten“... Eine starke Stütze für seine Zwecke würde dieser Bunde in dem gut organisierten Verein der Evangelischen Jugend“ (!) finden, der der Maurenfrage jetzt wohlhabend gegenübersteht.

Indem der Verfasser des Aufsatzes stellt, daß die anderthalb (?) Millionen Protestanten Polens von besoldeten Halbstafettenagenten (er beruft sich dabei auf die letzten Nummern des offiziellen Konsistorialblattes „Glos Ewangelicki“) in einen Zustand chauvinistischer Verzweiflung versetzt“ worden sind, — verlangt er ausdrücklich, daß die Staatsorgane sie hinter Schloss und Riegel legen möchten.

Alo: „Gorodowo, dżerski i nie puszka japo!“

Ihr werdet es weit bringen, ihr Herren. Genua so weit, wie es Sabler oder Pobiedonosz gewohnt haben. Denn auch sie starben doch als patriotische Kirchenpolitiker ihres ruhmreichen Vaterlandes, auch sie hatten stets Staatsanwälte, Richtermeister und Polizisten zu ihren Diensten, auch sie hatten Bischofsstuhl, Titel und Rang erlangt: durch Lüge und Verleumdung, durch politische Gewalttaten und durch bodenlose Verachtlichkeit. Allerdings sind es damals die Polen gewesen, die zu leiden hatten...

Gott erbarme sich euer, ihr Mörder eurer eigenen Mutter, welche die Evangelische Kirche in Polen heißt!

Dr. Wirth über den Vertrag von Rapallo.

Genau, 27. April. Reichsanzler Dr. Wirth empfing vorgestern im Hotel Eden die Vertreter der deutschen Presse, um eine kurze Erklärung zu den Wörtern Poincarés in ungefähr folgendem Sinne:

Soviet wir bis jetzt aus den Zeitungen unter: *) Also ein Agitationsartikel, speziell zur Beeinflussung des Sejms am Tage der Abstimmung bestimmt! **) Dieser Verein wurde von der Tochter des Pastors J. Bursche und den Pastoren von Warschau 1920 in Warschau in Leben gerufen.

richtet und werden an uns aus Frankreich folgende Fragen gerichtet: Ist der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht worden? Enthält er keine geheimen Bestimmungen? Dient er nicht politischen oder militärischen Bestimmungen als Vertrag?

Darauf erklärte der Reichskanzler: Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden. Er enthält keine geheimen Bestimmungen, die politischen oder militärischen Charakters. Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen. Er ist auch der erste wahre Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Krieg gestanden haben. Er möchte mit der Vergangenheit in gewissem Sinne tabula rasa machen.

Dieser Erklärung fügte der deutsche Reichskanzler noch hinzu, daß alle Vermutungen, die im Auslande an den Vertrag geknüpft werden, hinfällig seien. Der deutsche Regierung sei es lediglich darauf angekommen, den Frieden zu wahren, und die deutsche Regierung würde es sehr herzlich begrüßen, wenn in Genua die Westmächte mit Russland ebenfalls zu einem Abschluß kommen würden, der ebenso wie der Vertrag von Rapallo der friedlichen Entwicklung die Wege ebne.

Genua, 28. April (Pat.). Gelegenlich des am Donnerstag von der Sowjetdelegation zu Ehren der deutschen Vertreter gegebenen Essens hielt sich hier eine Ansprache, in der er die deutsch-russische Freundschaft feierte und den künftigen Zusammenarbeit beider Länder gedachte sowie die Bedeutung des in Rapallo geschlossenen Vertrages hervorhob. Reichskanzler Dr. Wirth antwortete in demselben Geiste und bemerkte, daß Deutschland und Russland, die sich noch unabhängig auf den Schlachtfeldern bekämpften, heute durch Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit einander verbunden seien.

Doch ein Geheimabkommen.

Beauftragter, 28. April. (Pat.). "Manchester Daily Dispatch" hat erfahren, daß trotz aller Abrede doch ein geheimes Militärbündnis zwischen Deutschland und Russland befehlen soll. Dem Geheimvertrag zufolge soll Deutschland eine Militärmission nach Russland senden, um das russische Heer und die Flotte zu reorganisieren.

Polnisch-russischer Notenwechsel.

Warschau, 28. April. (Pat.). Am 18. April d. J. erhielt der polnische Geschäftsträger in Moskau eine Note des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten als Antwort auf die polnische Note vom 18. März d. J., die sich darauf beruft, daß die polnische Regierung über die Arbeiten der litauisch-russischen gemischten Kommission für Neubesetzungsangelegenheiten informiert war. Die russische Regierung könne dem polnischen Verlangen, aus den litauisch-russischen Verhandlungen der gemischten Kommission, die aus dem zwischen Litauen und Polen strittigen Gebiet nach Russland geschaffenen industriellen, gebräuchlichen und kulturellen Güter aufzuhalten, nicht nachkommen, da dies einer Verlegung des russisch-litauischen Vertrages gleichkäme, laut welchem das Wilnigebiet von Russland als Teil Litauens anerkannt wurde.

Auf obige Antwort erwiederte der polnische Geschäftsträger, daß der Rigaer Vertrag 8 Monate nach dem Abschluß des russisch-litauischen Vertrages unterzeichnet wurde und der 3. Artikel des Rigaer Vertrages entschieden feststelle, daß Russland auf alle Rechte der Ansehung der litauischen Sachlage hinsichtlich der westlich der Grenzlinien des Vertrages liegenden Länder verzichtet habe. Die Unterzeichnung des Vertrages vom 18. März 1921 war also eine Anerkennung des tatsächlichen Gebietszustandes. Grodno und Umgegend lag bereits auf polnischem Gebiet und nur das Wilnigebiet war strittiges Gebiet bis zur Zeit der erfolgten Selbstbestimmung seiner

Bewohner. Der Wilniger Sejm habe am 20. Februar 1922 sich für eine Angliederung an die polnische Republik für ewige Zeiten ausgesprochen.

Ein weiterer Notenwechsel erfolgte zwischen der Räteregierung und Polen bezüglich angeblicher Bildung bewaffneter Banden auf polnischem Gebiet, wofür die Sowjetunion die Schaffung einer gemischten Kommission zur Feststellung der dadurch verursachten Schäden und Schadensersatzzahlung fordern.

Außerdem überreichte der polnische Geschäftsträger in Moskau im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten eine Protestnote gegen die Verfolgungen denen in Russland die katholische Kirche und religiöse Gemeinschaften ausgesetzt sind.

Lokales.

30. April, den 29. April 1922.

Die Pastorensynode in Warschau.

Am 26. und 27. April fand in Warschau die an dieser Stelle mehrfach angekündigte Synode der evangelisch-lutherischen Pastoren unseres Konfessionsbezirks statt. Es waren etwa 50 Pastoren in der Hauptstadt eingetroffen. Die Tagesordnung der zweimal täglich, vormittags und nachmittags, zusammengetretenden Synode, betraf die kirchliche Lage und die Stellungnahme zum Kirchengebet sowie zum Naderischen Gesetzentwurf. Es erfolgte eine ausführliche offene Aussprache über die Ursachen der gegenwärtig herrschenden Misströmung innerhalb der evangelischen Kirche in Polen. Eine Gruppe deutscher Pastoren stellte Postulata auf, die geeignet sind, den Frieden wieder herzustellen. Darin wird verlangt, daß der Wunsch der Gemeinden bezüglich der Zusammenfassung der verfassunggebenden Synode (1 Pastor 2 Laien) berücksichtigt werde. Ferner wird darin gegen den sich bis zur Verabsichtung der Deutschen verdienden scharfen Ton in der Polemik Einspruch erhoben. Es wurde eine offene Erklärung verlangt, daß man keinesfalls gedacht habe, die deutsche Gesellschaft der staatsfeindlichen Gesinnung zu bezichtigen. Man verlangte ferner, daß die Deutschen in ihrer Anzahl nach im Konfessionsbezirk vertraten sein sollen. An der theologischen Fakultät in Warschau sollen auch deutsche Vorlesungen einzuführen werden.

Diese Postulata wurden von den Versammelten ganz genau besprochen. Die erste Forderung wurde hinfällig, weil der Gesetzentwurf Böbel jetzt im Sejm zur Annahme gelangte. Die anderen Punkte wurden für berechtigt erkannt. Es wurden drei Ausschüsse gewählt, die mit der Bearbeitung des Naderischen Gesetzentwurfs sowie mit der Ausarbeitung des Grundkirchengebets betraut wurden. Sitz der Ausschüsse sind: Lódz, Warschau und Teschen. Dem Lódzer Ausschuss gehören die s. 3 berufenen Mitglieder des Kirchengebäuschusses an unter Einberufung nachstehender Herren: Pastor Schmitz, Pastor Otto, Pastor Kreuz, Pastor Hadrian, Rechtsanwalt Vogel.

Es muß festgestellt werden, daß der Ton der Verhandlungen sehr ernst war und auf beiden Seiten sich das Bestreben bemerkbar machte, den Frieden, der die Gemeinschaft der Lutherkirche Polens in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager zu teilen droht, beizulegen. Es wurde auf den großen Ernst der Lage hingewiesen und auf die große Misströmung, die in der Mehrzahl der Gemeinden Platz gegriffen hat. In offener Aussprache wurde ohne Beschämigung auf die begangenen Fehler hingewiesen und diese klargestellt.

Hoffentlich hält der in der Synode zu Tage getretene gute Wille auch weiter an und es wird eine Verständigung erzielt zum Wohle der evangelisch-lutherischen Kirche in Polen!

Ein Jahr Amerika.

Roman von Artur Zapp.

(37. Fortsetzung). (Nachdruck verboten).

Schelmisch und glücklich zugleich, mit einem ganz leisen Unterton flüchtiger Besorgnis, hatte es ihm zugeschworen. Er hatte eine ausreichende Antwort gegeben und sie, um seine Verwirrung zu verbergen, mit einem Schwätzchen Worte und Küsse überschüttet.

Nachts war er sich unruhig, schlaflos auf seinem Lager herum und erwog alle Eventualitäten. Wenn er nun die Konsequenzen zog, wie es Millie offenbar als selbstverständlich erwartete, was dann? Mister Nagel würde kaum den Bitten seines einzigen Kindes widerstehen können, wie sie denn überhaupt ihren Vater völlig beherrschte, der, wenn er auch zuweilen anfangs widersprach, doch schließlich in allem ihrem Stärkeren Willen nachgab. Dann würde sich der Alte zur Ruhe setzen und er — Felden — würde als Schwiegersohn das Geschäft, das gut ging, übernehmen. Vorbei waren dann für immer Not und Sorge, ja mit der Zeit gelangte er wohl zur Wohlhabenheit und konnte dann später — vielleicht nach Jahren — die Bierwirtschaft verkaufen, eine besser geartete Tätigkeit beginnen und eine höhere soziale Stellung erlangen oder gar nach Deutschland zurückkehren.

Er malte sich aus, wie es sein würde, wenn er Millie als seine Frau in Deutschland bei seinen Verwandten und Bekannten einführt. Was sein

Onkel, der Geheimrat, und seine Tante, die geborene Freiin von Holzendorf, und sein Vetter, der Leutnant, wohl sagen würden, wenn sie in ihrem deutsch-amerikanischen Jargon zu sprechen anfangen, wobei es ihr nicht darauf ankam, gelegentlich Dativ und Akkusativ zu verwechseln.

Nein, das war einfach eine Unmöglichkeit! Als Millies Ehemann durfte er nie daran denken, die alte Heimat wieder aufzusuchen. Dann mußte er sich in sein Schicksal ergeben, wie die Kommissionen, mit denen er des Sonnabends im hinteren Zimmer der Nagelschen Wirtschaft kneipte, die kein Streben, keine Ideale mehr kannten und die sich nicht einmal im Traume mehr erinnerten, das sie ehemals für etwas Besseres bestimmt gewesen waren.

Siedende Hitze flog über den Körper des Ruhe losen. Mit vierundzwanzig Jahren sich stumpfer Resignation hingegen, alle Hoffnungen auf eine stärkere Zukunft einsargen?

Am nächsten Sonnabend saß er zerstreut und in sich gekehrt an der Kneipentafel. Er war noch immer zu keinem festen Entschluß gekommen.

Dabei legte sich Millie im Verkehr mit ihm kaum noch Zwang auf. Ihre Blicke wurden von Tag zu Tag sprechender, ihre Liebessungen immer stürmischer, das Liebesglück, das sie ganz beherrschte, strahlte immer deutlicher aus ihren verzückten Mienen, aus ihrem ganzen fröhlich übermütigen Wesen. Es war ein Wunder, daß Mister Nagel noch nichts gemerkt hatte. Jedenfalls war der Augenblick nahe, der das geheime Liebes-

Christliche Gemeinschaft. Uns wird geschriften: Sonntag, den 30. April, wird Herr Pastor Schedler in der Christlichen Gemeinschaft, Allee Kościuszki 57 (Eingang auch Wilanowska 74) in der um 7½ Uhr abends stattfindenden Evangelisationsversammlung mit dem Wort Gottes dienen.

Die Einkommensteuer-Eklärungen. Das Finanzministerium gibt bekannt, daß die Frist zur Abgabe der Einkommensteuer-Eklärungen für physische Personen vom 1. Mai bis zum 1. Juli und für Rechtspersonen bis zum 1. August verlängert wurde.

Regelung der Gehälter der Bureauangestellten in der Textilindustrie. Der Bundesverband der Textilindustrie teilte der Zwischenverbandskommission mit, daß er die Gehälter der Bureauangestellten, die auf dem Wege der Vereinbarung der Zwischenverbandskommission und dem Verbande der Textilindustrie festgesetzt wurden, bewilligt habe. Die Zwischenverbandskommission benachrichtigte davon alle ihr angehörenden Organisationen und machte sie darauf aufmerksam, daß diese Gehälter alle Fabriken, die den beiden Verbänden der Textilindustrie angehören, verpflichten. Die Mindestgehälter sind folgende: Ein Buchhalter 140 000 M., Verkäufer 135 000 M., Kassierer 115 000 M., einfache Bureauangestellte 105 000 M., Klassifizierer 80 000 M., Bureaubeamten 60 000 M., Stenographen 60 000 M., Maschinenschreiberinnen 45 000 M., Praktikanten 30 000 M. und Magazineure 80 000 M.

Trauung. Heute um 6 Uhr abends findet in der St. Johannis-Kirche die Trauung des Kaufmanns Herrn Emil Ketschler und Fräulein Janina Schneider statt. Glückauf dem jungen Paar!

Von der Krankenkasse. Trotz des Boykotts der Krankenkasse durch gewisse Elemente, lassen sich die Arbeiter recht zahlreich in die Krankenkasse eintragen. Bis zum 27. April zählte diese 59 000 Mitglieder. Große Firmen, wie Scheibler und Grohmann, Poznański, Kunizer u. a. konnten ihre Arbeiter und Angestellten wegen Überlastung mit der Arbeit der Unfertigung der entsprechenden Lizenzen bis jetzt noch nicht versichern. Bis zum 22. April wurden im 1. Bezirk 5 635 987 M. an Unterstützungsgebern von Mitgliedern gezahlt, im 2. Bezirk 1 259 798 M., im 3. Bezirk 12 021 054 M., im 4. Bezirk 1 518 236 M. von der Hauptkasse 919 000 M. Außerdem verhandelt die Krankenkasse mit Dr. Watten in Sachen der Abtreibung des Ambulatoriums, das in der Klinik in der Podleskastr. untergebracht ist. In den nächsten Tagen soll auch das zahmärtische Ambulatorium in der Milschstraße 55 eröffnet werden.

Bestrafung wegen Wuchers. Das Hauptzuckeramt in Warschau bestätigte die Urteile des Lódzer Amtes, wonach der Müller Apolinary Marjanowski wegen Spekulation mit Mehl zu drei Wochen bedingungsloser Haft sowie zu 300 000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Mordla, Sieradzki und Szlama Flanzholz sowie Hil Breitschwarz erhielten je 2 Wochen bedingungslose Haft und 20 000 M. Geldstrafe; Szczerpan Bawryntal, Stefan Bienniak, Stefan Sabowski und Jan Danych je 7 Tage Haft und zu 257 000 Mark Geldstrafe.

Geschlagnahme von Schweinen. Dem Bucheramt in Warschau bestätigte die Urteile des Lódzer Amtes, wonach der Müller Apolinary Marjanowski wegen Spekulation mit Mehl zu drei Wochen bedingungsloser Haft sowie zu 300 000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Mordla, Sieradzki und Szlama Flanzholz sowie Hil Breitschwarz erhielten je 2 Wochen bedingungslose Haft und 20 000 M. Geldstrafe; Szczerpan Bawryntal, Stefan Bienniak, Stefan Sabowski und Jan Danych je 7 Tage Haft und zu 257 000 Mark Geldstrafe.

Geschlagnahme von Schweinen. Dem Bucheramt wurde hinterbracht, daß sich die Schweinehändler nach den von der Kommission zur Prüfung der Preise und Gewinne festgesetzten Preisen nicht richten. Referent Kiecie wurde deshalb nach dem städtischen Schlachthaus entsandt, wo er feststellte, daß der Händler Kazimierz Biawinski aus Lenczyc den Fleischern das sogenannte Schlachtete Schweinefleisch zu 400 M. für das Pfund anbot. Biawinski wird sich wegen Wuchers verantworten haben. Fünf Schweine wurden beschlagahmt und laut den Richtpreisen an die Fleischer verkauft.

Partes, aber gerechtsschlichte gegen einen Wucherer. Vor dem Lódzer Bezirksgericht hatte sich Chaim Lipszyc wegen Wuchers

zu verantworten. Im Oktober 1921 hatte der Angeklagte einem gewissen Antoni Kowalski 5000 Mark zu sehr hohen Zinsen geliehen. Als Kowalski am 30. November 1921 das Darlehen zurückzahlen wollte, verlangte Lipszyc 20 000 M. Dies machte 150 M. Zinsen täglich aus. Kowalski zeigte daran, daß Wuchers an. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er als Kaufmann dem Kowalski 20 000 Mark zum Ankauf von Kartoffeln geliehen habe. Kowalski habe aber nach Ablauf der Frist weiter das Geld zurückgegeben noch die Kartoffeln geliefert. Um sich schuldlos zu halten, habe er den bei ihm als Pfand hinterlegten Anzug sowie ein Paar Schuhe zurückgehalten. Die Begegnungen belasteten jedoch den Angeklagten, so daß das Gericht Lipszyc wegen Wuchers zu 6 Monaten Gefängnis sowie zu einer Geldstrafe von 15 000 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle zu viel Monate Haft treten, verurteilte. Außerdem muß Lipszyc bis zum Inkrafttreten des Urteils eine Ration von 300 000 M. hinterlegen.

Die „Ordnung“ auf unseren Bahnhöfen. Auf dem Lódzer Bahnhofsbahnhof steht abends und zugereisten Personen nur ein Aus- bzw. Eingang zur Verfügung. Infolgedessen mußten am vergangenen Sonnabend viele Personen, die abreisen wollten zurückbleiben, da inzwischen ein Zug in die Station eingelaufen war und die Zugreisen zuerst den Bahnhof passieren mußten.

Ausschreitungen von Rekruten. Vorgestern um 6 Uhr abends kam auf dem Kalischer Bahnhof ein Zug mit 590 Rekruten an. Diese verließen den Zug und bekleideten die Reise, die auf den Personenzug nach Stalmierzyc warteten. Den Reisenden, hauptsächlich den Juden, wurde die Kopfbedeckung heruntergeschlagen. Der Rekrut Tomasz Szczerba versetzte dem Kaufmann Moszel Röhrmann aus Ibunia-Wola einige Schläge mit einer eisernen Schraube, so daß dem Überfallenen ein Verband angelegt werden mußte. Szczerba wurde festgenommen. Die Bahnhofspolizei nahm den Vorfall zu Protokoll. Die anderen Rekruten wollten ihren Kameraden beistehen und stießen Beschimpfungen und Drohungen gegen die Polizei aus. Erst der herbeigerufenen betiteten Polizei und der Gendarmerie gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Szczerba wurde der Gendarmerie übergeben. Der Transport konnte erst um 10 Uhr abends abziehen.

Plötzlicher Tod. Auf dem Gehsteig in der Czerwonastraße verstarb plötzlich ein gewisser Włodzimierz Bolesławowski, 58 Jahre alt. Der Rekrut wurde nach der städtischen Leichenhalle gebracht.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt! In der Betschauer Straße 115 näherte sich der durchreisende Praktikant Bojszakowska einer unbekannten Frau, die ihr einen angeblich goldenen Ring zum Kauf anbot. Man wurde auch als handelsmäßig, und Bojszakowska zahlte 41 000 M. für einen... völlig wertlosen Metallring. — Die Dummen werden halt noch immer nicht alle!

Ein Opfer sträflicher Nachlässigkeit. In der Bagienica-Straße 13 fiel aus dem Fenster der Wohnung von Frau Rosa Neudek ein 2½-jähriges unbewußtiges Kind auf die Straße hinab. Der herbeigerufene Arzt der Unfallrettungsbericht legte dem Kind einen Verband an.

Diebstahl. Vorgestern nachts drangen unbekannte Täter in das Manufakturwarenlager von Dawidowicz, Zielonastraße 10, ein und raubten 30 Stück Baumwollstoff im Werte von 1 Million Mark.

Beleidigung durch die Presse. Vor dem Lódzer Bezirksgericht hatte sich Dr. Mieranowski zu verantworten, der anklagte. Dr. Stanisławski in der Presse beleidigt zu haben. In Nr. 30 des „Lódzianin“ vom 30. August 1919 stand nachstehendes über den Leiter der städtischen Polizei: „Uns wer ist dieser Tito, dieser Hitler ohne Furcht und Tadel den... schrecklichen Frauen gegenüber? Die Bösung des Rätsels ist nicht schwer, denn der Leiter der städtischen Polizei ist Dr. Stanisławski. Dieser Tito läßt sich aber durch Schmiergelder erweichen... Eine Kabarettspielerin erscheint zweimal wöchentlich beim Herrn Doctor, läßt jedesmal 20 Mark zurück und wird berücksichtigt“.

Als Verfasser erwies sich Dr. Bolesław Mieranowski, der gestern vom Richter aus Mangel an Schulbeweisen freigesprochen wurde.

Vanditeneüberfalls. Auf der Lanstraße zwischen Lask und Belov überstiegen 4 bewaffnete Banditen einen Wagen, auf dem sich die Kaufleute Rafael Belewski, Izrael Hirsch und Schmul Raszalski aus Szczerwacow und Wacław Jaracinski aus Pabianice befanden. Die Banditen verlangten unter Drohungen die Herausgabe des Geldes. Nachdem sie 100 000 Mark erhalten hatten, flüchteten sie. Die sofort vom Ueberfall benachrichtigte Polizei unternahm eine Streife, die aber erfolglos verlief.

Ein zweiter Ueberfall fand im Dorfe Sokołów bei Lódz statt. Dort überstiegen drei maskierte Banditen das Gehöft von Jan Cyran. Die Banditen sagten, um in die Wohnung zu gelangen, ein Stück der Tür heraus. Von innen war jedoch die Tür mit Schredestäben verstellt, so daß die Banditen einen anderen Weg einschlagen mußten. Sie stellten deshalb eine Säge

